

## Podiumsdiskussion zu Menschenrechten und Bürgergesellschaft in Südasiens - ein Tagungsbericht

Auf Einladung der 'Friedrich-Nauermann-Stiftung' (FNS) waren 13 VertreterInnen von Menschenrechtsinstitutionen der SAARC-Länder vom 17. bis zum 27. September 1997 in Deutschland und Belgien. Ihr Programm beinhaltete zahlreiche Besuche und Informationsveranstaltungen mit ParlamentarierInnen, VertreterInnen aus Ministerien, Justiz, Polizei sowie von Nichtregierungsorganisationen. Daneben lud die FNS zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion zum Thema: "50 Jahre Menschenrechte und Bürgergesellschaft in einem unabhängigen Südasiens: Bilanz und Perspektiven" am 22. September in Königswinter bei Bonn ein. Dort stellten sich neben Dr. Sarath Amunugam (Mitglied des Parlaments von Sri Lanka) die beiden, auch international bekannten, Menschenrechtsvertreter Frau Asma Jahangir (Vorsitzende der Menschenrechtskommission Pakistans) und Tapan Bose (Vorsitzender des Südasiatischen Forums für Menschenrechte, Kathmandu) der Diskussion.

In ihren Inputreferaten stellten Amunugam, Jahangir und Bose jeweils Rückblicke und ansatzweise auch Bilanzierungen der 50 Jahre Unabhängigkeit auf dem Subkontinent aus individuellen Perspektiven vor. Als gemeinsame Charakteristika wurde auf die überwiegend friedliche Machtübernahme von der britischen Kolonialmacht verwiesen, auf die Herausbildung einer unabhängigen Presse sowie die positiven Entwicklungen im Demokratisierungsprozeß der SAARC-Länder. Zusätzlich wurde darauf verwiesen, daß die südasiatischen Staaten allesamt interne Ungleichheiten in der sozio-ökonomischen Entwicklung aufweisen, da Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum sowie die zunehmenden

Bedürfnisse der Menschen nicht gleichgewichtig verliefen. Diese Entwicklung wurde insbesondere durch die internationale Marktöffnung und Freihandelspolitik vor wenigen Jahren verschärft.

Unterschiedliche Einschätzungen wurden bei der Bewertung der Justizsysteme deutlich. Auch wenn allgemein Defizite insbesondere in den unteren Hierarchiestufen festgestellt wurden, so wurde insbesondere für Pakistan das Prinzip der Gewaltenteilung durch die bisherigen persönlichen Verquickungen der Richter mit der Politik in Frage gestellt. Ebenso herrschten allgemeine Defizite vor allem bei der Rolle der Frauen und der von Minderheiten, wobei die Situation Pakistans durch weiter bestehende feudale Strukturen verschärft sei (vgl. das Interview mit Asma Jahangir in diesem Heft). Weiterhin seien traditionelle Eliten in der Lage, die zentralen Machtstellungen zu besetzen und behinderten somit die demokratische Teilhabe größerer Bevölkerungsgruppen und die freie Entwicklung einer Bürgergesellschaft. In diesem Zusammenhang befinden sich laut Asma Jahangir Frauenbewegungen in einer doppelten Zwickmühle, wenn sie sich zusätzlich mit Minderheitenfragen beschäftigen müssen.

Auf zwischenstaatlicher Ebene wurde die Bedeutung des SAARC-Bündnisses ('South Asian Association for Regional Cooperation') sehr kritisch hinterfragt. Laut Tapan Bose ist es das weltweit ineffizienteste seiner Art. Er führte dies unter anderem auf den zunehmenden Nationalismus in den Ländern Südasiens zurück, der in den vergangenen 25 Jahren zwar keine Kriege mehr verursachte, wohl aber zu einer stetigen Aufrüstung führe und bilaterale Annäherungen behindere.

In Übereinstimmung mit den Vorrednern verwies er auf die Rolle des Staates in allen SAARC-Ländern, die überwiegend zu zentralistischen Strukturen bis hin zu Militärdiktaturen geführt hatte. Dabei wurden oftmals koloniale Vorgaben fortgesetzt und subsidiäre, d.h. dezentrale, Strukturen auf lokaler Ebene übergangen oder in ihrer Entwicklung behindert.

Konsens bestand bezüglich der Notwendigkeit verstärkter zwischenstaatlicher Maßnahmen, wobei die Nichtregierungsorganisationen (NROs) schon über arbeitsfähige Kontakte verfügten, wie etwa das 'Pakistan India People's Forum for Peace and Democracy' (siehe dazu 'Südasiens', 1/96). Daran knüpften auch die Diskussionsrunden an, wobei auch mögliche Unterschiede im Menschenrechtsverständnis zwischen "dem Westen" und "dem Osten" angesprochen wurden. Die drei Vortragenden verteidigten in diesem Punkt auch mit Blick auf Südasiens den in der Regel von westlichen Ländern erhobenen Anspruch auf Universalität der Menschenrechte, wobei sich die Arbeit ihrer NROs bislang vor allem auf die Wahrung der Bürgerrechte, beispielsweise über Rechtshilfe, konzentrierte. Vor allem Jahangir und Bose verwiesen dabei auf die gemeinsame Geschichte: Der Unabhängigkeitskampf habe sich teilweise an "westlichen" Ideen orientiert und zu einem eigenen Selbstbewußtsein geführt. Sowohl von deutschen Teilnehmern, wie auch vereinzelt von anwesenden Südasiaten, wurde die Offenheit der Vorträge und Diskussion gewürdigt und die südasiatischen MenschenrechtsvertreterInnen zur Fortsetzung ihrer Arbeit ermutigt.

Jürgen Clemens

## Rückblick auf das Tagesseminar "50 Jahre Unabhängigkeit in Südasiens" in Bonn

Die 50jährige Unabhängigkeit Indiens und Pakistans stand nicht nur im Mittelpunkt vieler Medienberichte, sondern auch im Zentrum eines Tagesseminars, welches das Südasiensbüro in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Bonn am 27. September durchführte. Drei Spezialisten des Südasiensbüros - Bernd Basting, Jürgen Clemens und Jorge Scholz - gestalteten ein ebenso anspruchsvolles wie ansprechendes Programm. Sie vermochten es, den Zuhö-

rinnen und Zuhörern einen umfassenden und kompetenten Einblick in die politische, ökonomische und soziale Organisation, sowie in die Geschichte und Kultur des Subkontinentes zu geben. Besonders interessant war die Gegenüberstellung der Entwicklung Indiens und Pakistans seit der Unabhängigkeit. Der professionelle Einsatz unterschiedlichster Medien, u.a. Videos, Dias, Landkarten und Folien, half, eine komplexe und zunächst fremde Materie auch für Teil-

nehmer mit geringeren Vorkenntnissen zu erschließen. Besonders schön war, daß die Annäherung an Südasiens auch aus einer anderen Richtung ergänzt wurde: für die Mittagspause wurde ein Buffet mit Spezialitäten des Subkontinentes arrangiert.

Höhepunkt der Veranstaltung war sicherlich die abschließende Diskussionsrunde. Auf dem Podium saßen offizielle Vertreter der indischen und pakistani-schen Botschaft in Bonn sowie die frühe-

ren Deutschen Botschafter in New Delhi und Islamabad. Die Moderation übernahm ein weiterer Kenner des indischen Subkontinents: Heinz Bongartz, bis vor kurzem Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung in New Delhi. Die Offiziellen aus Indien und Pakistan vertraten dabei durchaus auch kritische Positionen und nahmen zu den angesprochenen Problemen differenziert Stellung. Dabei wurde zum Beispiel deutlich, daß Indien und Pakistan nur gewinnen können,

wenn sie sich einander annähern, den Handel ausweiten sowie mehr Visa an Besucher aus dem jeweiligen Nachbarland gewähren. Trotz des anstrengenden Tagesprogramms war das Engagement der Teilnehmer bei der Diskussion deutlich zu spüren.

Nicht nur diese rege Beteiligung der Teilnehmer zeigte deren Interesse; auch die Kritiken waren durchweg positiv, so daß sicher von einem gelungenen Seminar gesprochen werden kann. Noch dazu

war es ein wirklich außergewöhnliches Seminar - mit Vertretern der Botschaften (oder gar dem Botschafter Pakistans, der am Morgen persönlich anwesend war), werden nur die wenigsten bereits diskutiert haben. Insofern gebührt den Organisatoren Dank für ihre große Mühe.

Georg Amshoff

## Interview:

### "In Pakistan herrscht juristischer Notstand"

**Asma Jahangir, international bekannte und anerkannte Anwältin und Vorsitzende der unabhängigen Menschenrechtskommission Pakistans, zur Situation in ihrem Land und zur Lage der Frauen im Interview mit Sven Hansen**

#### Welche Menschenrechtsprobleme gibt es in Pakistan?

Der Staat steht vor einer schwierigen Situation, weil er mit bewaffneten, ethnischen und religiösen (= kommunalistischen) Konflikten innerhalb des Landes umgehen muß. Dabei ergreift der Staat selbst Partei durch "extralegale" Hinrichtungen, die mittlerweile gesetzlich legalisiert wurden. Die Regierung bekommt dieses Problem nicht unter Kontrolle.

Zusätzlich gibt es große machtlose Gruppen wie Frauen, Kinder, Arbeiter und Indigene. Über viele Jahre haben wir in Pakistan nur für politische Rechte gekämpft - bis 1985 herrschte Kriegsrecht - und dabei gerieten alle anderen Themen in den Hintergrund. Erst nach 1988 wurde in einem breiteren Rahmen über allgemeine Rechte gesprochen. Wir haben jetzt zwar eine Demokratie, die aber noch sehr brüchig ist. Weiterhin gibt es viele Institutionen aus der Zeit des Kriegsrechts, beispielsweise die Geheimdienste, die faktisch eine Parallelregierung bilden.

Als Menschenrechtsanwälte kämpfen wir heute auf zwei Ebenen, zum einen gegen die Regierung, die alle und alles kontrollieren will und zugleich gegen die Probleme auf der Mikroebene, wie zum Beispiel beim Wahlrecht für die Bewohner der Stammesgebiete. Auch wenn diese kürzlich das freie Wahlrecht erhielten, gibt es dort Wahlmanipulationen, die abgestellt werden müssen. Ansonsten bleibt das Wahlrecht in den Stammesgebieten so bedeutungslos wie das der restlichen Bevölkerung. Wir müssen uns um beide Probleme gleichzeitig kümmern.

#### Welche Rolle spielen die Anschläge radikaler islamistischer Gruppen?

Die Gruppen schaden mit ihrem Verhalten vielen Menschen nicht nur dadurch, daß sie sich und Unbeteiligte gegenseitig umbringen, sondern schon allein durch ihre Existenz und Politik. Jeglicher Fortschritt, den wir uns vorstellen können, wird von ihnen strikt abgelehnt. Diese Ablehnung ist so militant, daß weder Politiker die Freiheit zu Reformen haben, noch die Bevölkerung riskiert, auch nur kleinste Verbesserungen zu fordern.

#### Am Vorabend des 50jährigen Staatsjubiläums Mitte August hat die Regierung ein Anti-Terrorismus-Gesetz verabschiedet. Was sagen Sie dazu?

Obwohl wir auch gern ein Ende des religiösen Terrorismus erleben würden, hat unsere Organisation das Gesetz abgelehnt, denn wir sehen in ihm keine Lösung. Es gibt der Polizei die Lizenz zum Tö-

ten und die Entscheidungsbefugnis, jemanden als Terroristen zu behandeln. Damit wird sie gleichzeitig zur Justiz. Es gibt großen Widerstand gegen das Gesetz. Die Regierung glaubt jedoch, eine Alternative zu brauchen, da die Justiz unfähig ist. Wir denken, das gesamte Justizsystem muß reformiert werden, damit es wieder wenigstens etwas Gerechtigkeit gibt. Zur Zeit gleicht unsere Justiz einem einzigen Scherbenhaufen.

#### Wie äußert sich der Zusammenbruch der Justiz?

Zunächst haben wir mangelhafte Gesetze. So ist Mord kein Fall für das Strafrecht, sondern Privatrecht. Angehörige von Opfern können Mördern vergeben, weshalb diese entsprechend Druck ausüben. Daneben können sich Mörder auch freikaufen. Zusätzlich mangelt es der Polizei an Ausbildung und Ausstattung. Sie hat zum Beispiel keine Geräte zum Vergleich von Fingerabdrücken. Oftmals besitzt die Polizei als Beweismittel nur durch Prügel beschaffte Geständnisse. Das ist nicht legal, doch die Polizei hat sich inzwischen an diese Methoden gewöhnt.

Vor Gericht dauern die Verfahren dann viele Jahre. Gerichtsmedizinische Berichte sind gleichlautend und werden manchmal vom Reinigungspersonal und nicht von Medizinern verfaßt. Die Justiz auf der unteren Ebene ist überlastet, ineffektiv, korrupt und unmoralisch. Auf der oberen Ebene gibt es bei Berufung in Mordfällen Verzögerungen von bis zu sieben Jahren. Man kann in Pakistan von einem juristischen Notstand sprechen.

#### Wie sind Frauen von Menschenrechtsverletzungen betroffen?

Neben den aus anderen Ländern des Subkontinents bekannten Problemen der Gewalt, der Brautverbrennungen oder der Mitgift sowie des untergeordneten Status von Frauen in den Familien haben wir in Pakistan noch zusätzliche Probleme. Hier herrscht faktisch noch Feudalismus, der zusammen mit orthodox-religiösen Einflüssen für Frauen tödlich sein kann. Dabei gibt es in Pakistan in jeder Schicht sehr starke Frauen und trotz widriger Umstände überleben die Frauen aus eigener Kraft.

In den Dörfern gibt es Frauen, die genau wissen, was sie wollen, die allein für ihre Familien sorgen, weil der Mann drogensüchtig ist oder in den Golfstaaten arbeitet. Diese Frauen müssen sich jedoch gegenüber dem ganzen Dorf behaupten. Es gibt starke Frauenbewegungen und es gibt auch Studentinnen mit klaren Vorstellungen über ihre Zukunft. Das ist die eine Seite, der ein völlig verschlossener Geist in unseren Institutionen, und vor allem in der Justiz,